

# **Information über die Erhebung personenbezogener Daten nach Art. 13 und 14 EU Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) – Verordnung (EU) 2016/679 vom 27. April 2016**

## **1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten Verantwortlichen**

Stadt Euskirchen, Der Bürgermeister  
Kölner Str. 75, 53879 Euskirchen  
Tel. 02251 14-0, Email [info@euskirchen.de](mailto:info@euskirchen.de)  
Ab dem 08.04.2026 finden Sie uns im neuen Rathaus, An der Vogelrute 1

## **2. Kontaktdaten des/der Datenschutzbeauftragten**

[datenschutz@euskirchen.de](mailto:datenschutz@euskirchen.de)  
Tel. 02251 14-359

## **3. Angaben zur Datenverarbeitung: Umfang, Zweck, Rechtsgrundlage**

Personenbezogene Daten müssen für die wirksame Abgabe von Erklärungen in Textform und für den Kontakt zum Auftraggeber angegeben werden. Sie werden im Rahmen der Dokumentationspflicht des Auftraggebers gespeichert. Es werden persönliche Daten zur Bestimmung eines Ansprechpartners erhoben und gespeichert.

Der Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten ist die Durchführung des Vergabeverfahrens.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten ist Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO i.V.m. Art 6 Abs. 3 DSGVO und §§ 97 ff. Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), ggf. Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO sowie Art. 6 Abs.1 lit. f DSGVO.

## **4. Kriterien für die Festlegung der Dauer der Verarbeitung personenbezogener Daten**

Der Zeitraum, für den die personenbezogenen Daten gespeichert werden, richtet sich nach den haushaltsrechtlichen Aufbewahrungsfristen.

## **5. Empfänger**

Zugriff auf die personenbezogenen Daten erhalten

- intern diejenigen Stellen, die die Daten zur Erfüllung der mit ihrer Verarbeitung verfolgten Zwecke benötigen;
- von dem Verantwortlichen (s. Nr. 1) auf Grundlage des Art. 28 DSGVO als Auftragsverarbeiter beauftragte Dienstleister, namentlich Dienstleister im Bereich Durchführung von Vergabeverfahren auf Grundlage einer gesetzlichen Erlaubnis.

- Dritte bei Vorliegen einer besagten gesetzlichen Erlaubnis:

Nach §§ 6 ff. Korruptionsbekämpfungsgesetz meldet die Vergabestelle der/dem im Land Nordrhein-Westfalen eingerichteten zentralen Informationsstelle/Vergaberegister beim Ministerium der Finanzen des Landes NRW solche Bieter, die wegen schwerer Verfehlungen von der Teilnahme am Vergabeverfahren zeitlich befristet ausgeschlossen wurden oder bei denen wegen geringfügiger Verfehlungen auf einen Ausschluss verzichtet wurde. Die Vergabestelle fragt bei der vorgenannten Informationsstelle an, ob hinsichtlich des Bieters, der den Zuschlag erhalten soll, Eintragungen im Vergaberegister vorliegen.

Nach § 19 Abs. 4 Mindestlohngesetz fordert die Vergabestelle bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 € netto für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft nach dem Wettbewerbsregister an.

Nach § 134 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) werden die Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, vor dem Vertragsschluss gemäß § 134 Abs.1 des GWB über ihren Namen informiert. Zudem erfolgt nach einem etwaigen Zuschlag eine Mitteilung an die Bieter gem. § 62 Abs. 2 VgV. Auch ist der Auftraggeber verpflichtet, den Zuschlag europaweit zu veröffentlichen.

## 6. Rechte der betroffenen Personen

Nach Art. 15-21 DSGVO steht der von einer Verarbeitung personenbezogener Daten betroffenen Person die folgenden Rechte zu:

- **Recht auf Auskunft:** Es besteht das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen ob personenbezogene Daten, die die betroffene Person betrifft, verarbeitet werden. Ist das der Fall, so besteht ferner ein Recht auf Auskunft im gesetzlich vorgegeben Umfang (Art. 15 DSGVO).
- **Recht auf Berichtigung:** Es besteht das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung die betroffene Person betreffender unrichtiger personenbezogener Daten zu verlangen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung besteht das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten - auch mittels einer ergänzenden Erklärung - zu verlangen (Art. 16 DSGVO).
- **Recht auf Löschung, Recht auf Vergessen werden:** Es besteht bei Vorliegen einer der in Art. 17 DSGVO genannten Gründe unter Berücksichtigung der dort ebenfalls genannten Ausschlussgründe das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass die die betroffene Person betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden. Der Verantwortliche muss gegebenenfalls andere für die Datenverarbeitung Verantwortlichen, welche die von ihm etwaig veröffentlichten personenbezogenen Daten (inzwischen) verarbeiten, darüber in Kenntnis setzen, dass von der betroffenen Person die Löschung sämtlicher Links zu diesen personenbezogenen Daten oder von Kopien oder Replikationen dieser personenbezogenen Daten verlangt wurde.
- **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung:** Es besteht unter den Voraussetzungen von Art. 18 DSGVO das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen.

- **Recht auf Datenübertragbarkeit:** Die betroffene Person hat, sofern die Verarbeitung auf einer Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. a oder Art. 9 Abs. 2 DSGVO oder auf einem Vertrag gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO beruht und unter den weiteren Voraussetzungen von Art. 20 DSGVO das Recht
  - die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie einem Verantwortlichen bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten,
  - sie einem anderen Verantwortlichen ohne Behinderung durch den Verantwortlichen zu übermitteln oder
  - zu erwirken, dass die personenbezogenen Daten direkt von einem Verantwortlichen an einen anderen Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist und sofern hiervon nicht die Rechte und Freiheiten anderer Personen beeinträchtigt werden.
  
- **Widerspruchsrecht:** Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen. Im Falle des Widerspruchs verarbeitet die verantwortliche Stelle die personenbezogenen Daten nicht mehr, es sei denn, sie kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die den Interessen, Rechten und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 Abs. 1 DSGVO).
  
- **Recht auf Widerruf einer datenschutzrechtlichen Einwilligung:** Die betroffene Person hat das Recht, eine etwaige Einwilligung zur Verarbeitung personenbezogener Daten jederzeit zu widerrufen (Art. 7 DSGVO). Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.
  
- **Beschwerderecht gegenüber Datenschutzaufsichtsbehörde:** Die betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen diese Verordnung verstößt (Art. 77 Abs. 1 DSGVO).

## **7. Bereitstellung der personenbezogenen Daten, gesetzliche oder vertragliche Vorgaben, mögliche Vorgaben der Nichtbereitstellung**

Der Bewerber oder Bieter ist verpflichtet, die geforderten Angaben zu machen. Ein Nichtnachkommen kann den Ausschluss des Angebots oder des Teilnahmeantrags dieses Bieters oder Bewerbers vom weiteren Vergabeverfahren bedeuten.

## **8. Zuständige Aufsichtsbehörde**

Die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist die Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Postfach 20 04 44, Telefon: +49 (0)211 / 38424 - 0, Fax: + 49 (0) 211/38424 - 999, E-Mail [poststelle@ldi.nrw.de](mailto:poststelle@ldi.nrw.de)

**Anmerkung/Hinweis:** Eine Informationspflicht bei der Erhebung personenbezogener Daten bei Dritten (z.B. Eignungsnachweise dritter Personen) besteht nach Art. 14 Abs.5 lit. c DSGVO nicht, da die Datenerhebung im Rahmen des Vergabeverfahrens ausdrücklich geregelt ist und dort zum Schutz der Interessen der betroffenen Personen eine vertrauliche Behandlung der Daten vorgesehen ist (§§ 97 ff. GWB, §§ 5, 8 VgV).